

6. Februar 1918.

Wiener Volks-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen,
Wien 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 6. Februar 1918. Nr. 35.

Gemeinderätliche Wahlen. In des Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens wurden vom Gemeinderate die GR. Angermayer, Kürber, Leitner, Panosch, Roth und Leopold Schmidt als Mitglieder, in die Donauregulierungs-Kommission die GR. Melcher und Skaret als Ersatzmänner gewählt.

Städtische Strassenbahnen. Vom Freitag, den 8. d.M. an wird die Haltestelle Versorgungsheimstrasse in der Lainzerstrasse zur Breuergasse (Verbindungsbahn) verschoben. Von diesem Tage an gilt der Ausnahmestarif für eine Fahrt nach Mauer nur für die Strecke Haltestelle „Verbindungsbahn - Mauer Langegasse“.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Brigittenau hat die für den 6. d.M. anberaumte Sitzung auf Freitag, dem 8. d.M. 1/6 Uhr abends verschoben.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain fand heute die 90. gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt, in welcher ein Bericht des Magistratsrates Dr. Festanbauer über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle zur Kenntnis genommen wurde. Magistratssekretär Dr. Rosakopf berichtete hierauf über die Schaffung eines städtischen Landwirtschaftsamt, dem die Verwaltung der landwirtschaftlichen Güter und Betriebe, die Leitung der Anbau-Aktionen, die Aufsicht über die Schreber- und Kriegsgemüsegärten, über die Fischzucht der Gemeinde Wien etc. obliegt. Die Konferenz nahm den Bericht mit einmütiger Zustimmung zur Kenntnis. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte hierauf mit, dass er mit der provisorischen Leitung dieses neuen Amtes den Landwirt und städtischen Ober-Tierarzt Dr. Steflik betraut habe. Zum Schlusse nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg über die Einleitung einer grosszügigen Gemüse- und Kartoffelanbau-Aktion der Gemeinde Wien im Görzischen und in Teilen des besetzten Venetiens zur Kenntnis.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung am 6. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:
Es drängt mich vom ganzen Herzen zwei Kollegen zu gedenken, welche Ende dieser Woche ihren 80. Geburtstag begehen. Es sind dies Dr. von Dorn und kaiserl. Rat Wessely. Beide blicken auf ein reiches Leben der Arbeit zurück und ich glaube im Sinne aller zu sprechen, wenn ich beiden verehrten Herren den herzlichsten Glückwunsch des Wiener Gemeinderates ausspreche und den Wunsch beifüge, der liebe Gott möge ihnen noch viele Jahre segensreichen Schaffens schenken. (Lebhafte Zustimmung)
Der Bürgermeister legt eine Zusammenstellung der Ende 1917 bei der Stadtbuchhaltung unerledigt gebliebenen Kontrahentenrechnungen vor. Der Einlauf betrug im Vorjahre 52.516 Stück, erledigt wurden 54.288 Stück, unerledigt blieben 3.469 und zwar 3.061 aus dem Jahre 1917 und der Rest aus dem Jahre 1912-16. Diese Rückstände betreffen zum grössten Teil geringfügige Restzahlungen, die im Einvernehmen mit den Kontrahenten liegen geblieben sind oder blieben wegen unausgetragener Rechnungs-differenzen oder weil sie von feindlichen Ausländern ausgestellt sind unerledigt.

an mich eine Zuschrift, welche sich mit der Rede des Kollegen Sealeovsky befasst und in welcher gegen die Beleidigung der Publizistik Verwahrung eingelegt wird.

Der unbekannte Wohltäter „Wilhelm“, welcher seit einer Reihe von Jahren den Schulen des 10. und 20. Bezirkes namhafte Beträge zuwendet hat ausserdem bereits in der letzten Gemeinderatssitzung verlautbart 10.000 Kronen noch 22.000 Kronen für die Schulen des 10. und 20. Bezirkes gewidmet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner spräche dem unbekanntem Wohltäter den herzlichsten Dank aus und versichere ihm der besonderen Dankbarkeit der Gemeinde für sein Kinder- und Schulfreudliches Wirken.

Gräfin Marie Salm spendet 100 Kronen für arme und kranke Kinder von gefallenen oder im Felde stehenden Soldaten.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat zur Abhaltung des Fachkurses für Jugendfürsorge eine Subvention von 2000 Kronen bewilligt.

Gespendet haben: Die Erben des verstorbenen Grossindustriellen Ignaz Bleier 2000 Kronen für die Armen des 19. und 500 Kronen für die Armen des 4. Bezirkes. - Karl Bundschuh 500 Kronen für die Armen der bestandenen Gemeinde Hietzing. - Hans und Fanny Nawratil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Wieden. - Louise Quapil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Währing. - Alfred Herzl 100 Kronen für die Arme kaiserl. Rat Heilinger 3 Waggons Dünger für die Kriegsgemüsegärten. - Johann Horak 3000 kg Brennholz für Arme des 17. Bezirkes. - Herr und Frau kaiserl. Rat Michen 8 Bände der Liedersammlung Orpheus und mehrere Bände musikalischer Handschriften von Operarien aus altem Wiener Familienbesitz.

Schriftführer GR. Stanglberger verliest den Einlauf GR. Rotter stellt folgende Anfrage: Zeitungsnachrichten zufolge hat Staatssekretär Dr. Slesner Hantos in einer Besprechung folgendes erklärt: „In königl. ungarischen Handelsministerium wird schon seit geraumer Zeit für die Zukunft Ungarns gearbeitet. In den einzelnen Abteilungen sind die Arbeiten schon so weit gediehen, dass die Vorarbeiten anfangs 1918 beginnen können. Wir können schon heute mit Sicherheit darauf rechnen, dass unsere Kriegsgefangenen in Russland bis dahin zu Hause sein werden und an den Arbeiten teilnehmen können. Ich rechne auf etwa 30.000 Kriegsgefangene, die sich nur mit Erdarbeiten befassen werden. Würde ein Rückkehr unserer Kriegsgefangenen bis Frühjahr noch nicht erfolgen können, so werden halt Russen und Italiener arbeiten, doch die Arbeit muss begonnen werden. Sämtliche Steinbrüche Ungarns werden während des Krieges durch den Staat ausbeutefähig gemacht. In der Abteilung für Fluss- und Seeschiffahrt des königl. ungarischen Handelsministeriums ist der Plan zum Ausbau einiger Flüsse (Theiss, Maros, Aluta), Hafenanlagen und Kanäle bereits fertig und heuert der Verwirklichung. Auch der Ausbau der kleineren Seen und Binnenmeere ist fertig. Der zweite Punkt unseres Programms ist die Ausgestaltung unseres Eisenbahnnetzes. Mit zwei Milliarden Kronen wird unser Programm hier verwirklicht werden. Der Zentralbau sämtlicher Bahnhöfe in Budapest wird schon dieser Tage begonnen werden. Der Transitverkehr der Hauptstadt wird in einem separaten Frachtenbahnhof erfolgen, der 30-40 km von Budapest entfernt sein wird. Hierfür haben wir 7 Milliarden Kronen in Aussicht genommen. Das Doppelgleis muss in Ungarn Gesetz werden. Sehr viel Linien der Staatsbahnen werden elektrisch betrieben werden.“ Aus dieser Mitteilung kann ersien werden, in welcher grosszügiger Weise die ungarische Regierung die Ausgestaltung der Verkehrswege, der Wasserstrassen wie der Eisenbahnen in Aussicht nimmt und zugleich vorsorgt, dass reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. In Oesterreich vernimmt man von derartigen

dingen nichts.

der Herr Bürgermeister geneigt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass auch in Oesterreich der Ausbau der Wasserstrassen und Eisenbahnen ehestens in Angriff genommen und mit aller Beschleunigung durchgeführt werde.

Versitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Die angeführten Zeitungsartikel sind mir bereits zur Kenntnis gebracht worden. Es ist bezeichnend, dass bei uns in Oesterreich von derartigen weittragenden Plänen nichts verlautbart; in Deutschland wie in Ungarn wird die wirtschaftliche Entwicklung für den Frieden vorbereitet, unsere Regierung scheint trotz aller Entschliessungen und Denkschriften nicht den Willen zu haben, die für die Hebung der Volkswirtschaft so notwendige Ausgestaltung der Verkehrswege zeitgerecht durchzuführen. Der für Wien und ganz Oesterreich so wichtige Donau-Glar-Kanal ist vollständig baureif, er könnte jederzeit in Angriff genommen werden, die österreichische Donau bedarf nur an einigen wenigen Stellen des entsprechenden Ausbaues. Diese Arbeiten dürfen nicht mehr hinausgeschoben werden, soll nicht die Entwicklung der österreichischen Reichshälfte unwiederbringlich Schaden erleiden. Die Stadt Wien ist an dem Ausbau der Wasserstrassen in besonderem Masse interessiert, da sie durch ihre natürliche Lage berufen ist, der Mittelpunkt des mitteleuropäischen Wasserverkehrs zu werden.

Ähnlich ist es auch mit der Ausgestaltung der Eisenbahnen. Der Krieg hat zwar die Transitlinien in und bei Wien beschleunigt, es ist aber die von der Stadt Wien seit Jahren betriebene Regelung der Wiener Bahnhofsfragen noch keinen Schritt weiter gediehen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, der Bau neuer Stadtschnellbahnen, der elektrische Betrieb auf den Vollbahnen, der Bau verschiedener notwendiger Bahnlücken sind trotz aller Bemühungen, noch immer nicht zur Lösung gebracht worden. Ich habe mich neuerlich an die Regierung gewendet, um alle diese Fragen vielleicht doch endlich einmal ins Rollen und zur Durchführung zu bringen.

BGM. Dr. Weiskirchner fügt hinzu: „Ich werde nicht ermüden und gewärtige hierbei die werktätige Unterstützung des gesamten Gemeinderates, dass das gesamte Verkehrswesen in eine Hand und zwar in die Hand der Gemeinde gelegt werden muss.“ (Lebhafte Beifall)

GR. Schäfer fragt namens der Gastwirte, Hoteliers und Kaffeesieder, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass derzeit in den Betrieben der Genannten Requirierungen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln erfolgen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir war in dem Augenblicke als GR. Schäfer vor wenigen Tagen mich besuchte und die in der Interpellation geschilderten Verhältnisse darstellte von den Requirierungen nichts bekannt. Es ist dies eine Angelegenheit, die nicht die städtischen Behörden befasst und die ausschliesslich durch Organe des Kriegewucheramtes (Finanzorgane die der Polizeibehörde angegliedert sind) durchgeführt wird. Ich habe den Magistrat veranlasst, Erkundigungen einzuziehen und auf Grund der Erhebungen kann ich mitteilen, dass das Kriegewucheramt auf Grund eines Erlasses der Statthalterei vom 28. September 1917 „Der Ankaufstätigkeit aller Gast- und Schankgewerbetreibenden ein besonderes Augenmerk“, in der Richtung zugewendet wird, ob diese nicht durch „Ueberbieten geforderter üblicher oder amtlicher Preise“ Lebensmittel aller Art an sich zu ziehen trachten, dadurch den Schleichhandel fördern und so Mitschuldtragend an der allgemeinen Knappheit der notwendigsten Lebens-

mittel werden und durch Bezahlung wahrer Phantasiepreise eines der bedeutendsten Glieder in der Kette des unaufhaltsamen Anschwellens aller Preise bilden. Ich kann nichts anderes machen, als mit dem Statthalter diese Angelegenheit besprechen. Aber eines muss ich hervorheben. Was unsere sesshaften Geschäftsleute in dieser Zeit durch eine Fülle von Verordnungen und eine oft geradezu harte Durchführung derselben gepeinigt werden, geht über das Mass dessen hinaus, was ein patriotischer und gewiss auch ehrlicher und solider Geschäftsmann zu tragen fähig ist. Es ist oft sehr schwer zu differenzieren zwischen Wucher, welcher gewisse der strengsten Bestrafung unterliegen soll, und zwischen dem, was sich vollzieht bei Geschäftsleuten und Privaten, welche um nicht zu verhungern trachten, Lebensmittel für sich und für die Gäste zu bekommen. Ich hoffe., dass meine Rücksprache mit dem Statthalter Wandel in diesen Dingen bringen wird. (lebhafter Beifall)

GR. Schäfer fordert in einer Interpellation die schnelligste Aufhebung des Verbotes des Fleischgenusses an fleischlosen Tagen.

BCM. Dr. Weisskirchner: Ich habe eine ähnliche Interpellation schon einmal beantwortet und zwar zu einer Zeit, als die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Gemüse noch günstiger war. Was damals zutreffend war, gilt aber heute nicht mehr und die letzt erlassenen Verordnungen, zeigen bereits den richtigen Stand der Dinge. Ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass die neue Einrichtung sich bewährt. Ich fürchte aber, dass die Verordnung den Erfolg haben wird, dass die Mindestbemittelten und die oberen 10000 Tausend, letztere zu Phantasiepreisen in den Besitz von Fleisch gelangen werden, der Mittelstand aber überhaupt nichts bekommen wird. Vom Mittelstand hängt auch die Existenz vieler Gastwirtschaften ab. Wir haben heute eine Reihe von Verordnungen vor uns und wir müssen abwarten, ob die sich bewähren und jenen Erfolg haben werden, den die Staatsverwaltung sich davon verspricht oder ob nicht im Gegenteil Fleisch nur mehr im Schleichhandel zu haben sein wird.

GR. Dr. Hein stellt fest, dass bei der in der letzten Gemeinderats-sitzung vorgenommenen Wahl der Mitglieder der Vermittlungskämter in allen Bezirken die von den Bezirksvertretungen vorgeschlagenen Männer gewählt wurden, während im 2. Bezirk die vorgelegte Liste ganz unberücksichtigt blieb, im ersten Bezirk nur zwei, im zweiten Bezirk nur ein freiheitlicher Vertrauensmann gewählt wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: GR. Dr. Hein hat wiederholt mit mir über diese Sache gesprochen und ich hätte gedacht, dass er bereits genügend informiert ist. Da er mich fragt, was ich in der Zukunft zu tun gedenken werde, so sage ich ihm, dass ich diese Interpellation bis zur nächsten Wahl der Gemeindevermittlungskämter aufheben werde.

GR. Hohensinner fragt, welche Stellung der Bürgermeister zur Institution der Schulärzte einnehme und ob er geneigt sei, schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit bei Friedensschluss städtische Schulärzte angestellt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich stehe der Einführung der Schulärzte sympatisch gegenüber und glaube, dass es eine Notwendigkeit sein wird, Schulärzte anzustellen. Aber gegenwärtig ist es der ungünstigste Augenblick, um diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen, da für die dringendsten Bedürfnisse zu wenig Aerzte vorhanden sind.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, nach welchem alle Schulkinder vom nächsten Schuljahre angefangen die Lernmittel

unentgeltlich erhalten sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht der Meinung, dass allen Kindern ohne Unterschied unentgeltlich die Lernmittel abgegeben werden, weil ich nicht einsehe, warum auch bemittelten Eltern die Lernmitteln geschenkt werden sollen und sie sich dies auch nicht gefallen lassen werden. Die Gemeinde hat gerade auf diesem Gebiet schon grosse Opfer gebracht, weil die Zahl der beteiligten Kinder sehr stark angestiegen ist. Es ist zweifellos, dass der Kreis der Kinder sich noch mehr erweitern wird, weil ja der Mittelstand vollständig zusammenbricht und es muss getrachtet werden, dass auch die Kinder des Mittelstandes das bezweckte Lehrziel erreichen. Ich werde die Anfrage dem Magistrat zuweisen zur Erhebung, ob und in wie weit eine Erweiterung des Kreises der zu beteiligten Kinder notwendig ist.

GR. Philp fragt, in der Angelegenheit der Kollektiv - Haftpflichtversicherung für die Volks- und Bürgerschullehrer an. Wie weit die Verhandlungen bereits gediehen seien und wann der Bürgermeister diese für die Gemeinde Wien und für die Lehrerschaft so wichtige Vorsorge zur Durchführung zu bringen gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert die Frage der Haftpflicht und Unfallversicherung für die Lehrerschaft stehe in Verhandlung und werde schon demnächst vom Magistrat an den Gemeinderat geleitet werden.

GR. Rummelhardt richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage:

Sicherem Vernehmen nach wurde in den letzten Wochen öffentlich auf Gassen und Märkten in Krakau in den Kreisen der den Schleichhandel betreibenden polnischen Juden allenthalben der Ruf laut „Der Friede droht“. Hiedurch gaben dieselben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass der Friede nahe sei und sie daher nicht mehr in der Lage sein werden, die zum Zwecke der Preistreiberei von ihnen aufgestapelten Lebensmittel und sonstigen Waren zu so hohen Preisen verkaufen zu können, wie dies bisher der Fall ist. Während mit den Lebensmittelkarten in Krakau fast nichts zu haben ist, bekommt man alles um schweres Geld von den polnischen Juden im Schleichhandel. Im Vormonate hatte die arme polnische Bevölkerung in Krakau 5 Tage lang kein Brot, während dieser Zeit assen die Reichen in den vornehmen Hotels Butterkipfeln zum Oberskaffee. Während in Wien die Mehlration verkürzt werden musste, weil angeblich zu wenig Mehl vorhanden ist, werden in Krakau Kaisersemmeln, das Stück zu 60 Heller, Stritzeln das Stück zu 70 Hellern verkauft. Ein Kilogramm Griess wärd zu 9 K 50 h und 1 Liter Milch zu 3 K 20 h im unerlaubten Handel abgegeben. Die polnischen Juden, von denen die Mahlprodukte zu haben sind, behaupten dieselben aus Russisch Polen zu beziehen und erklärten heimlich die hohen Preise. Wenn tatsächlich Mehl Griess etc. in solchen Mengen aus Russisch Polen zu haben sind, warum nur für die Krakauer Juden im Schleichhandel? Warum werden diese Mahlprodukte nicht aus Russisch Polen auf gesetzlichem Wege nach Oesterreich gebracht und hier auf Wien und die übrigen Gewerbe und Industriezentren verteilt? Weiss das k.k. Ernährungsamt nichts von dem Schleichhandel der polnischen Juden in Krakau und an anderen Orten? Der Ruf „Der Friede Broht“ ist in Krakau auf den Gassen und Märkten erschollen; in Wien dürfte er in gewissen Kaffeehäusern Widerhall gefunden haben. Er erscheint jeden normalen Menschen unfassbar, dass es im vierten Kriegsjahre Leute gibt, die sich vor dem Frieden fürchten, weil er der Befriedigung ihrer unersättlichen Gier nach Geld und Besitz ein Ende machen könnte. Ich richte daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, den Ernährungsminister auf die geschilderten skandalösen Verhältnisse in Krakau aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, die aus Russisch Polen stammenden Mahlprodukte der Allgemeinheit und namentlich den Bewohnern der Stadt Wien zuzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde nicht ermangeln, diese Anfrage dem Ernährungsminister zu überreichen.

GR. Dr. von Dorn stellt folgenden Antrag: Um sowohl der Bevölkerung, als auch dem Parlamente rechtzeitig die Gelegenheit zu gründlicher Erwägung der für die zukünftige Entwicklung unseres Verhältnisses zu Ungarn zu treffenden Vorkehrungen zu bieten und jedenfalls dem Wiedereintritte einer jener Zwangslagen vorzubeugen, unter deren Drucke schon so oft eine Benachteiligung Oesterreichs hingenommen werden musste, ersucht der Gemeinderat der Stadt Wien die hohe k.k. Regierung die im vorigen Jahre von den beiden Regierungen provisorisch vereinbarte Neuregelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone ehestens zu veröffentlichen.

Die GR. Gussenbauer und Nagler stellten folgenden Antrag: Die seitens der Gemeinde Wien an die „deutsche mensa academica“ gewährte bisherige Unterstützung ist bei der „mensa academica“ mit Rücksicht auf die Höhe der Lebensmittelpreise zu verdoppeln und es ist der entsprechende Teilbetrag für das verflossene Verwaltungs-jahr 1917 nachträglich zu bewilligen und auszubahlen.

Die beiden Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

Vize-Bgm. Hierhammer unterbreitet die bekannten Anträge betreffend die Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbebestand. In seinem Berichte bezeichnet es der Redner als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, die zahlreichen wirtschaftlichen Existenzen, die infolge des Krieges niedergebrosen sind und sich aus eigener Kraft nicht wieder aufzurichten vermögen zu stützen und zu fördern. Der Gewerbebestand und der Kaufmannstand haben am meisten in ihrem Wirtschaftsleben gelitten und nicht nur die aus dem Kriege heimkehrenden, sondern auch die Daheimgebliebenen sind der Ungunst der Verhältnisse vielfach zum Opfer gefallen. Der Redner bittet den Anträgen des Stadtrates die Zustimmung zu erteilen.

GR. Hohensinner (kontra): erklärt, der Friede werde noch viel größere Aufgaben stellen, als der Krieg; gewiß sei das Los der Gewerbetreibenden ein sehr trauriges und er stimme deshalb den Ausführungen des Antragstellers aus vollem Herzen zu, nur müsse er sich gegen die parteimässige Zusammensetzung der Kommissionen, welche die Vergebung der Unterstützung zu besorgen haben, wenden. Er stellt den Antrag, daß die staatlichen Verträge in der gleichen Zahl in die Kommission aufgenommen werden, wie die Vertreter der anderen Körperschaften. Die gegenwärtige Mehrheit sagt er hat ja nicht die Gewähr, ob sie im Rathause bleiben wird. Es ist ja auch möglich, daß die Bolschewiki in das Rathaus einziehen (Heiterkeit). Der Staat hat ein Interesse am Gewerbe, ob es die Bolschewik haben werden, weiß ich nicht und darum glaube ich, daß mein Antrag im Interesse der Gewerbetreibenden gelegen ist.

GR. Bretschneider (pro): Sie haben schon gehört, daß auch von unserer Seite kein Einspruch gegen diese Vorlage erfolgt. Wir kennen die Lage der Gewerbetreibenden und wirwenden uns nur dagegen, daß der Gemeinderat im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo so viele Mandate bereits abgelaufen sind, eine Kreditoperation über 10 Jahre durchführen will. Auch ist die Organisation der Körperschaften, welche die Darlehensgesuche empfangen und die entsprechenden Beschlüsse fassen, vielfach eine rein parteimässige. Die Mehrheit bleibt trotz aller Zusicherungen auch hier wieder auf dem alten Parteistandpunkte und regelt eine große Sache genau so wie dies früher immer der Fall war, ohne die Minderheit zur Mitarbeit heranzuziehen.

GR. Dr. Hein: Wir sind selbstverständlich für die Vorlage, da wir ja seit jeher auf dem Standpunkte stehen, daß dem Gewerbebestande

3
Kredithilfe geboten werden müsse. Ich mache aber aufmerksam, dass zwischen den ursprünglichen Vorschlägen und den jetzigen Anträgen eigentlich ein Widerspruch besteht, indem jetzt in die Bestimmungen die Kleinkaufleute nicht ausdrücklich aufgenommen worden sind. Die Kleinkaufleute haben durch die Zentralen sehr gelitten und wenn das böse Wort gesprochen worden ist, von der Umstellung der Leopoldstadt, so muss ich Ihnen schon sagen, dass gewiss mehr in der Mehlfraße geschahen wäre, wenn diese jüdische Getreidehändler zur Versorgung in richtiger Weise herangezogen worden wären.

(Rufe bei der Mehrheit: "Das glauben Sie aber selbst nicht")

Bezirksvorsteher Dr. Blasel; Besser wie der Ernährungsminister GR. Dr. Hein: Die Organisationen der Kaufleute fehlen auch ganz in den Kommissionen und ich finde, dass diese Vorlage so sehr man ihr zustimmen muss, in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen überhaupt ungenügend ist.

GR. Melcher: Die Vorlage kommt in vielen Fällen schon zu spät. Beinahe 2 Jahre hindurch haben über diese Sache Besprechungen stattgefunden, und heute kann den meisten Gewerbetreibenden durch Unterstützungen überhaupt nicht mehr geholfen werden. In Ungarn werden die heimkehrenden Krieger sofort wieder an ihre gewohnte Tätigkeit der Bebauung des Ackers schreiten, in Oesterreich wird es dagegen in dieser Beziehung viel schlimmer aussehen. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass auch die Schritte, welche seinerzeit vom Bürgermeister in der Angelegenheit der Fertigstellung unvollendeter Bauten unternommen wurden seitens der Regierung nichts geschehen sei und bezeichnet ebenfalls die Zusammensetzung der Kommissionen als eine einseitige, die auch dem Werke das geschaffen werden sollte, nicht vom Vorteil sein könne. Im Uebrigen erklärt er für die Anträge stimmen zu wollen.

GR. Breuer: Alle Stände der Bevölkerung, ausgenommen die Kriegsgewinner und Kriegswucherer haben schwere Lasten zu tragen, zweifellos aber ist der Mittelstand und vor allem der Gewerbestand am schwersten betroffen worden. Der Lehrer, der öffentliche Beamte brauchen keine Sorge tragen, ob sie ihre Plätze nach Kriegsschluss frei finden werden, und sie gehen deshalb einer gesicherten Zukunft entgegen, ganz anders ist dies beim Gewerbestand, und deshalb ist es Pflicht der Gemeindeverwaltung diesen Bedrängten, auch steuerlich hochwichtigen Stände helfend beizuspringen. Wenn der Gewerbegeossenschaftsverband vom Stadtrat Hohensinner beanständet wurde, so muss darauf hingewiesen werden, dass die Vorsteher sämtlicher Genossenschaften auf Grund des Gesetzes Mitglieder desselben sind und wenn sie von der Partei des Herrn Hohensinner nichts wissen wollen, dann aber trotzdem als parteiisch bezeichnet werden, so ist dies ein arger Missgriff.

Ich bin der Meinung, dass wir hier ein Werk setzen, würdig der Gemeinde Wien, würdig aber auch des Gewerbestandes, welcher bewiesen hat, dass er nicht nur leistungsfähig ist auf technischen Gebieten, sondern auch in steuertechnischer Hinsicht. Wenn man vom Gewerbestand aber erhöhte Leistungen verlangt, muss man ihn geechterweise auch in die Lage versetzen, diese erhöhten Leistungen tragen zu können. Ich möchte das bekannte Wort umprägen, dass hinter dem Sarge der Autonomie der Gemeinden als erster Leidtragender der Staat gehen wird, in den Satz, dass hinter dem Sarge des Gewerbestandes als erster Leidtragender die staatliche Organisation gehen wird. Der Gewerbestand wird neue Kräfte sammeln und den Beweis erbringen, dass die grosse Zeit ein grosses Geschlecht auch in ihm hervorgebracht hat.

Nach dem Schlussworte des Referenten Vize-Bürgermeister Hierhammer werden seine Anträge einstimmig genehmigt, der Abänderungsantrag Hohensinner abgelehnt.

Nach weiteren Berichten des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird für die Ausstellung des Albrecht Dürer-Bundes ein Ehrenpreis von 300 K und dem Kleintierzucht und Schrebergartenverein "Esparsette" in Wien, XII., für das Jahr 1918 eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

Ueber Antrag des STR. Zatzka wird der Verkauf einer Parzelle im 13-Bezirke nächst der Breitenseer- und Schanzstrasse im Ausmasse von 181 m² um K 8000 genehmigt.

Nach den Berichten des Vize-Bürgermeister Hoß wird dem Verein "Kinderschutzstationen" für das Jahr 1918 eine Subvention von 110.000 Kronen und für den Betrieb der Tagesheimstätte für 100 Mädchen, XX., Salzachstrasse ein jährlicher Verköstigungsbeitrag von 30.000 Kronen gewährt.

Dem Vereine "Gartenfreunde" in Wien, XII., Wienerbergstrasse 39 wird nach dem Antrage desselben Referenten eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

GR. Aichhorn legt den Verwaltungsbericht der städtischen Kaiser Franz Josef Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt für das Jahr 1916. (Angenommen).

Nach einem Antrage des V.BGM. Rain wird der Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie "Wallhof" vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 genehmigt.

GR. von Steiner legt die Resolution der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an die k.k. Regierung in Angelegenheit der Invalidenversorgung zur Beschlussfassung vor und führt aus: Die Militärversorgungsgesetze, die den berechtigten Ansprüchen der Berufsangehörigen der Armee nicht mehr entsprechen, berücksichtigen vollends in gar keiner Weise die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Kriegsinvalidität und des Heldentodes von Gagisten und Mannschaften der Reserve und des Landsturmes. Das letzte zivile Arbeitseinkommen und die darauf ruhende soziale Stellung bleiben vollkommen unbeachtet. Dieses Unrecht kann nicht bestehen bleiben. Der drohenden Gefahr einer Massenproletarisierung vorzubeugen, ist namentlich für die Interessen der städtischen und großstädtischen Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass angesichts des beschränkten Rekrutenkontingents erst der Krieg die unumschränkte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet.

Nun sind alle wehrfähigen Staatsbürger aufgerufen, nun ist die Armee ein Volksheer. Seit Jahren vermehren wir bei jedem Wechsel der Regierung Enunziationen der neuen Regierung, bei jeder Kriegsangelegenheit Erklärungen der einzelnen Minister, dass sie die Versorgung der Invaliden und kriegshinterbliebenen Witwen und Waisen als ihre vornehmste soziale Aufgabe betrachten. Leider hören wir die Botschaft, doch fehlt die Tat. Nachdem schon Tausende und abertausende Kriegsbeschädigte oder durch Kriegsdienst arbeitsunfähig gewordene mit ungenügenden Versorgungsgenüssen entlassen worden sind, ist es daher die Pflicht des Gemeinderates, in energischer Weise zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Regierung und den Abgeordneten des Volkes, der Presse und überhaupt allen, die verpflichtet und berufen sind, den Willen der Gesamtheit zu erfassen und zu verwirklichen, obliegt die Pflicht, bei der unumgänglichen Reform der Militärversorgungsgesetzgebung ganz besonders auch der kriegshinterbliebenen zu gedenken und für die Sicherheit des Existenzminimums der Kriegswitwen und der Kriegswaisen das Möglichste zu tun.

Eine große Schicht, ein wertvolles, staatsershaltendes Element der Bevölkerung ist, je länger das Ringen währt, umso mehr in Mitleidenschaft gezogen: Der Mittelstand, ganz besonders die Gruppe der selbständig Erwerbstätigen des Gewerbes und Handels, der bäuerlichen Bevölkerung und der freien Berufe.

Die wirtschaftliche Existenz solcher Familien ist auf dem ununterbrochenen Arbeitsfleisse ihres Hauptes aufgebaut.

Unter diesem Gesichtspunkte müssen jetzt die Militärversorgungsgesetze reformiert werden.

Eine allgemeine Aufbesserung der Rentensätze allein genügt nicht; auch nicht die Einführung einer Kriegszulage nach deutschem Vorbilde, obwohl

diese im Interesse der Berufsangehörigen des Heeres auch für uns unbedingt notwendig ist. Zum Grundbetrage, vermehrt um die Kriegszulage, muß für die Reserve- und Landsturmeute noch eine Zusatzrente hinzukommen, die den Invaliden und den Kriegshinterbliebenen für den Verlust des zivilen Einkommens annähernd Ersatz bietet.

Jedermann weiß, daß das Wohnungsfürsorgegesetz novelliert werden muß; es geschieht jedoch nichts. Die Kriegerheimstättenbewegung stockt und eine diese Frage für ganz Oesterreich regelnde Verordnung ist bis heute nicht erschienen, während in Deutschland das Kapitalsabfindungsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen schon im Juli 1916 alle diese Fragen ordnet. Ununterbrochen kommen neue Fälle, welche entschieden werden müssen.

Nur Wien hat die Kriegerheimstättenfrage geordnet und ist alles vorbereitet, um zeitgemäß mit dem Bauen zu beginnen.

Die Errichtung der k.k. Arbeitsvermittlung bewährt sich zwar, die Fürsorgestelle der Gemeinde Wien steht hilfreich und unterstützend den Invaliden und Kriegshinterbliebenen bei Erlangung ihrer Ansprüche zur Seite; doch ist es dringend geboten, daß die Forderung, welche seit Jahren erhoben wird, ein k.k. Invalidenamt zu errichten, welches jetzt im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge angegliedert werden könnte, endlich einmal zur Durchführung gelangt. Und dieses Invalidenamt hätte sich auf Jahrzehnte hinaus eingehend und ausschließlich mit der Frage der Kriegsbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen zu beschäftigen.

Bei dieser Gelegenheit muß noch das Augenmerk auf ein wichtiges Thema gelenkt werden, das der Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge besonders empfohlen werden soll. Es ist das die Frage der Vermissten im Felde. Die Zahl der Militär- und auch Zivilpersonen im Gefolge der Armee, welche als vermißt galten, weil sie ihren Angehörigen durch längere Zeit keine Nachricht gegeben haben und über ihr Schicksal den zuständigen Behörden und Kommanden nichts Gewisses bekannt ist, ist außerordentlich hoch. Die Heeresverwaltung hat für die Nachforschung nach Vermissten eine Organisation im Frieden nicht vorgesehen, was ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, weil es in früheren Kriegen nur sehr wenig Vermisste gegeben hat.

Die oesterreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz hat in Erkenntnis der außerordentlichen Wichtigkeit des Problems der Vermissten, für die Nachforschung mustergiltige Einrichtungen geschaffen, welche auch von der Militärverwaltung vollinhaltlich anerkannt werden.

Was wird aber in dieser Hinsicht nach dem Friedensschluß geschehen? Abgesehen davon, daß die quälende Ungewißheit über das Schicksal eines Angehörigen unerträglich und die traurigste Sicherheit noch immer dieser Ungewißheit weit vorzuziehen ist, befinden sich unter den Vermissten viele Männer in vorgerückten Jahren, die mitten aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissen und jetzt verschollen, eine Unmenge gelöster Beziehungen, Personen und Sachen rechtlicher Natur zurückgelassen haben, die unbedingt einer Regelung bedürfen.

Es ist daher Pflicht des Gemeinderates, insbesondere mit Rücksicht auf die große Zahl der in russischer Kriegsgefangenschaft mit Tod Abgegangen die Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge auf dieses wichtige Gebiet zu lenken und zu empfehlen, daß rechtzeitig mit der Heeresverwaltung Vereinbarungen getroffen werden, wie das Vermissten-Problem nach dem Kriege weiter behandelt werden soll und welche Kompetenz sich damit zu befassen haben wird.

Der größte Teil der Forderungen, welche heute in dieser Resolution zum Beschlusse erhoben werden sollen, ist in Deutschland bereits durchgeführt, in Ungarn besteht seit Jahren ein königl.-ungar. Invalidenamt.

Es ist daher dringend geboten, daß sich auch in Oesterreich die verantwortlichen Faktoren nicht auf Worte beschränken, sondern ihre Pflichten den Männern gegenüber, welche ihre Staatsbürgerpflicht rückhaltslos erfüllt haben, auch durch Taten beweisen.

4
GR- Dr. Hein erklärt, dass die gestellten Anträge wärmstens zu begrüßen sind und dass die Angehörigen seiner Partei für sie stimmen werden. Die Versorgungsansätze sind geradezu lächerlich. Es ist aber die Frage ob der Staat selbst wenn er ausreichend vorsorgen will dies auch im Stande ist- Sicherlich ist, die blosser Geldversorgung für den Staat unmöglich, um die Invaliden zu befriedigen. Nach der Abrüstung wird es sich darum handeln nicht nur die Arbeit der Vollgesunden, sondern auch jene der Invaliden in die richtigen Bahnen zu lenken- Die Volkswirtschaft wird der Arbeit der Invaliden nicht entraten können.

Die Tendenz die Invaliden in ihrem früheren Berufe zu beschäftigen, ist sehr lobenswert. Es wird aber oft nicht möglich sein dass die Invaliden mit den Gesunden konkurrieren. Es wird deshalb eine Vorzugsstellung der Invaliden notwendig sein. Ein Kriegsbeschädigten Recht muss entstehen für die Invaliden muss der Uebertritt von einem Gewerbe in das andere erleichtert werden, der Befähigungsnachweis wird sich, wenn er in voller Strenge gehandhabt wird, als hinderlich erweisen-. Es müssen also Erleichterungen für die Invaliden geschaffen werden.

Sehr zu begrüßen ist ferner die Einsetzung der gemischten Kommissionen, es ist anzustreben, dass nach der Abrüstung alle die Invaliden betreffenden Angelegenheiten den Militärischen Instanzen entzogen werden und dass Leute, die im praktischen Leben stehen, die erforderlichen Entscheidungen treffen.

Wir verlangen eine öffentliche Rechnungslegung über alle gesammelten Fonds und die Verwendung derselben- Das sollte eigentlich eine Sache des Parlamentes sein, denn die Spenden sind von Zivilisten gegeben worden für das gesamte Volksheer- Die Art wie heutzutage manchmal diese Angelegenheiten behandelt werden, entspricht mir nicht ganz. Diese Paradeversammlungen, die manchmal stattfinden, und in denen ein General einen sehr wohlwollenden Vortrag hält, machen bei der Grösse dieser Sache eigentlich einen komischen Eindruck. Derartige Unternehmungen sind nichts für Jours und dergleichen, Wir müssen auch an die militärischen Behörden das Ersuchen stellen, dass sie nicht mehr Invaliden züchten, als unbedingt der Krieg erfordert, dass sie bei den Musterungen doch mit einer gewissen Reserve vorgehen. Die militärischen Behörden müssen doch einsehen, dass die wirtschaftliche Verteidigung, heute beinahe schon die militärische Verteidigung an Bedeutung überragt und da dürfen nicht Leute aus dem wirtschaftlichen Leben herausgerissen werden, um dann eine Abwehrkanone zu bedienen, wo niemals ein Fliedler hinkommt. Ich stimme den Anträgen zu und kann nur wünschen, dass die Frage der Invalidenversorgung von uns allen in jedem Geiste durchgeführt wird, welcher der grossen Aufgabe entspricht, im Geiste wahrer Menschlichkeit, aber auch im Geiste der Brüderlichkeit- Jedem Tüchtigen muss die Bahn frei gemacht werden, das sollten auch Sie bei der Gemeinde beherzigen, niemand darf aus einem anderen Grunde, als dem, dass er nicht geeignet ist, zurückgewiesen werden. Nur dann, wenn alle Kräfte entsprechend herangezogen werden, können wir die grosse Aufgabe lösen, die uns allen noch bevorsteht.

GR- Reumann: Die gegenwärtigen Invalidenrenten sind vollständig unzulänglich, das ist eine Tatsache über die sich auch die Regierung keiner Täuschung hingibt und es schreiben auch Verhandlungen mit Ungarn, von denen wir aber leider nicht wissen, ob sie auch zum Ziele führen werden. An der Regelung der Invalidenversorgung, hat auch die Gemeinde ein sehr grosses Interesse, weiß sie ja durch die Unzulänglichkeit der Renten sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn ein Mann heute etwas mehr als 29 Kronen an Invalidenrente erhält, so muss er doch unbedingt der Armenfürsorge zur Last fallen- Ich glaube, dass wir die Forderung zur Schaffung eines ganz neuen Gesetzes über die Versorgung jener Invaliden erheben müssen, welche aus diesem Kriege hervorgegangen sind. Die uns vorgelegte Entschliessung erscheint vollkommen ungenügend- Warum soll erst ein Verlust an Arbeitsfähigkeit von mehr als 10 % entschädigt werden? Eine derartige Bestimmung könnte für die Invaliden die verderblichsten Folgen haben und die Gemeinde Wien hat auch gar keine Ursache zu sagen, dass diejenigen, welche bis zu 10 % Erwerbsfähigkeit verloren haben, keine Entschädigung bekommen sollen. Redner tritt für die Abstufung bis zu 20 %, 20 bis 49, 50 bis 75, und 75 bis 100 % ein, doch dürfte nicht die Charge massgebend sein, sondern die Rente müsse einzig und allein, nach dem Verluste an Erwerbsfähigkeit zu bemessen sein. Redner wendet sich auch dagegen, dass die Entschliessung in den mildesten Ausdrücken gehalten wurde und erklärt, die Gemeinde habe ein Recht zu fordern. Es müsste auch direkt das Gemeinderatspräsidium an das Ministerium für soziale Fürsorge herantreten und Erkundigungen einziehen, wie weit die Verhandlungen in der Frage der Invalidenversorgung mit Ungarn gediehen sind und welche Vorlage ausgearbeitet werde, sowie mit welchen Mitteln die Forderung durchgesetzt werden soll. Der Redner beantragt einen diesbezüglichen Zusatz zur Entschliessung und verweist noch darauf, dass auch die Gewerbebehörde instruiert werden müsse, damit sie den Kriegsinvaliden das grösste Entgegenkommen zuwende, damit diese in die Lage kommen ihre Existenz fristen zu können.

GR- Dr. Löwenstein: Ich bin ebenfalls der Meinung, dass das gegenwärtige Invalidengesetz nicht mehr zeitgemäss ist und dass ein vollständig neues Gesetz von neuen Grundsätzen durchdrungen geschaffen werden muss. Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptungen des Abgeordneten Winter in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Jänner, dass einzelne Personen durch die eileitriche Verhandlungen gemartert worden seien.

Dreierlei müssen wir anstreben: Die Invaliden wiederum der Familie zur rückzugeben, sie im Interesse der Volkswirtschaft wieder erwerbsfähig zu machen; zu trachten, daß durch die Versorgungsgenüsse, das Budget des Staates nicht zu stark belastet werde, weil wir ja auch dafür durch Steuern aufkommen müssen. Der Redner weist sodann auf die grosse Zahl der „Zitterer“ hin, es gibt deren ungefähr 150.000, welche durch eine 4 wöchentliche bis dreimonatliche Behandlung wieder vollkommen erwerbsfähig gemacht werden können. Der Redner nimmt sodann gegenüber den Angriffen des Reichsratsabgeordneten Winter, Oberstabsarzt Dr. Frisch und Hofrat Dr. Wagner von Jauregg in Schutz und protestiert namens der gesamten Aerzteschaft dagegen, daß die Handlungsweise der Aerzte in so unrichtigen Lichte dargestellt werden.

GR. Angeli führt aus, daß bezüglich der Entlassung von Kriegsbeschädigten kein System herrsche. Es werden Leute entlassen, welche zuhause das Elend vorfinden, weil sie selbst nicht verdienen können, und den Angehörigen der Unterhaltsbeitrag entzogen wird. Andererseits werden Leute zurückgehalten, welche aus besseren Kreisen stammen und als Aufsichtspersonen oder in sonstiger Stellung brauchbare Dienste leisten könnten. Er fordert, daß die Regierung darauf dringe, daß gewisse Anstalten und Institute, namentlich Banken und Versicherungsanstalten, Invaliden in ihre Dienste aufnehmen. (Beifall).

Die Referentenanträge werden hierauf einstimmig genehmigt, der Antrag Reumann wegen des Portfalles der 10% Entschädigung abgelehnt, seine übrigen Anträge aber genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Ueber Antrag des STR. Schneider wird die Herstellung einer Gleisschleife in der Endstation Franzensbrückenstrasse am Praterstern mit dem Kostebetrage von 163.000 Kronen beschlossen.